

Zweitregister verhindern:

Streik ist die beste Waffe

Durch die Einführung des zweiten Schiffsregisters wollen es die Reeder und ihre politischen Vertreter in den bürgerlichen Parteien ermöglichen, daß auf Schiffen unter deutscher Flagge für ausländische Seeleute ausländische Tarife gelten.

Dabei denken die Reeder nicht etwa an australische Seeleute, die eine strikte Einhaltung der 40-Stunden-Woche sowie einen längeren Urlaub erkämpft haben und die BRD für eine Billigflagge halten.

Sie wollen "teure" nach bundesdeutschen Tarifen bezahlte Seeleute durch billigere Kollegen aus Asien ersetzen, die z.T. nur den Hungerlohn von 60 \$ bekommen.

Wenn das möglich wird, wird das fast alle 17.000 noch verbliebenen deutschen Seeleute den Job kosten.

Die Reeder sichern so ihre Profite auf Kosten der in der BRD lebenden Seeleute, die in die Arbeitslosigkeit getrieben werden und auf Kosten der philipinischen, chinesischen und sonstigen Kollegen, die für Apartheidslöhne fahren müssen.

Sie wollen so auch die Arbeiter unterschiedlicher Nationalitäten in einen brutalen Konkurrenzkampf hetzen und deren Gegenmacht - einheitliche Gewerkschaften - zerschlagen.



Zu Beginn des 11. Gewerkschaftstages demonstrierten Seeleute gegen das geplante zweite deutsche Schiffsregister.

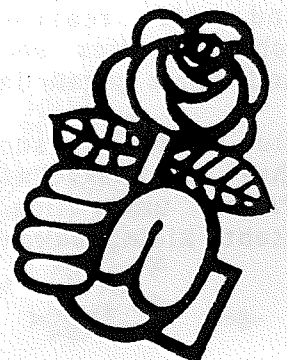
Erst das Zweitregister...
...dann der EG-Binnenmarkt

Doch nicht nur die Reeder werden davon profitieren. Mit dem Zweitregister sollen zum ersten Mal in der Geschichte der BRD die Löhne in einer ganzen Branche massiv gedrückt werden.

Mit dem EG-Binnenmarkt will das deutsche Kapital eine Angleichung der Löhne und Sozialleistungen auf irischem und sizilianischem Niveau erreichen. Mit der "Vorbildfunktion" des Zweitregisters im

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD und Gewerkschaften





Sozialisten sind keine Abenteurer. Wir wissen um die Risiken eines politischen Streiks, der nach heute geltenden Unternehmerrecht illegal ist. Wir wollen den Kollegen nicht einreden, leichtfertig ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Zwei Dinge sind jedoch klar:

1) die Besatzungen der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe stehen mit dem Rücken zur Wand, sie haben nichts zu verlieren und

2) hätte sich die Arbeiterbewegung immer an die geltenden Gesetze gehalten, gäbe es heute weder Gewerkschaften noch demokratische Rechte.

Ob ein Streik erfolgreich ist, hängt weniger von den Gesetzen als von den tatsächlichen Kräfteverhältnissen ab.

Dabei ist es nicht entscheidend, ob das Zweitregister schon in den nächsten Wochen beschlossen wird oder ob CDU und FDP noch zögern.

Die Wut der Seeleute ist groß. Wenn der Streik richtig organisiert wird und Verbindungen zu den Hafen- und Werftarbeitern auf allen Ebenen geschaffen werden, ist ein Sieg möglich.

Daher meinen wir Marxisten: die ÖTV muß sofort die Vorbereitungen für einen Streik aller Seeleute auf deutschen Schiffen vorbereiten. Nötig ist dabei auch die Zusammenarbeit mit der DAG. Der DGB muß seine Aktivisten und Mitglieder auf Solidaritätsaktionen vorbereiten.

Das ist die Sprache, die die Reeder verstehen.

Reeder enteignen

Ein erfolgreicher Kampf zur Verhinderung des Zweitregisters ist nur der erste Schritt im Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze. Denn klar ist, daß die Reeder weiterhin Ausflagung und Lohn-drückerei betreiben werden, um ihre Profite zu sanieren.

Die Bremer SPD will mit Hilfe von weiteren Reedersubventionen und umfangreichen Steuererleichterungen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Reeder erhöhen. Im

Kopf würde es versuchen, schlechter bezahlte Arbeiter aus ärmeren Ländern Europas anzuwerben und sie zu deren Heimatländern zu beschäftigen. Damit würden die Löhne für in der BRD lebende Arbeiter - ob deutsch oder türkisch - auf ein unerträgliches Maß gedrückt, der Widerstand der Arbeiter geschwächt.

Zweitregister verhindern...

Die Erfahrung zeigt, daß sich die Unternehmer von Appellen und Protesten allein nicht beeindruckt lassen. Auch die von der ÖTV angestrebte Verfassungsklage läßt nicht viel hoffen. Sie kann erst erfolgen, wenn das Zweitregister beschlossen ist.

Außerdem haben bundesdeutsche Gerichte in den letzten Jahren bei arbeitsrechtlichen Urteilen fast immer für die Unternehmer und gegen die Arbeiter "Recht gesprochen".

...durch Streik!

Die Unternehmer und ihre Regierung reagieren erst dann, wenn es an die Profite geht und die Ruhe im Land gestört ist.

Das wirksamste Mittel gegen das Zweitregister ist ein Streik aller Seeleute auf deutschen Schiffen.

Sollten die Kollegen zu diesem Mittel greifen, um Löhne und Arbeitsplätze zu verteidigen, werden natürlich die Reeder und die reaktionären Politiker aufschreien, dies sei ein politischer Streik und damit gegen das Gesetz.

Sie werden versuchen, die Seeleute und ihre Gewerkschaften durch Gerichte, Presse und alles, was in ihrer Macht steht, kleinzubekommen.

Gegenzug sollen 2/3 der Seeleute auf deutschen Schiffen EG-Bürger sein.

Die Rechnung ist, daß auf diesem Weg die Reeder ihre Kosten senken können, ohne daß sie deutsche Seeleute in die Arbeitslosigkeit schicken. Diese Rechnung wird nicht aufgehen.

Nach kurzer Zeit werden die Reeder - Subventionen und Steuergeschenke in der Tasche - sagen: "Die staatlichen Gelder haben wir gerne genommen, aber jetzt brauchen wir doch das Zweitregister!"

Dann haben wir letztlich nichts gewonnen. Daß die Reeder keine Skrupel haben werden, mit Hilfe von Steuergeldern weiter zu rationalisieren und Arbeitsplätze abzubauen, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden.

Und: Die Kosten für die staatlichen Hilfen tragen nicht die Unternehmer, sondern die Steuerzahler, also hauptsächlich die lohnabhängig Beschäftigten. Das wird noch verstärkt durch Stoltenbergs Steuerbeitrag.

Dies ist also der falsche Weg. Wir brauchen klare Forderungen zur Verteidigung der Interessen der Seeleute:

- **Verbot der Ausflaggung!**

Die Reeder müssen daran gehindert werden, die billige Arbeitskraft der ausländischen Kollegen auszunutzen.

- **Stopp der Lohndrückerei!**

Bezahlung nach Tarif, keine Zugeständnisse an das "Lohnkostenargument". Schon heute sind die Heuern der deutschen Seeleute nicht ausreichend, was nur durch die vielen bezahlten Überstunden aufgefangen wird.

- **Bessere Arbeitsbedingungen an Bord - kontrolliert durch die Seeleute!**

Die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und vor allem der Sicherheit muß aufgehalten werden. Dies kann nur durch weitgehende Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Seeleute und ihrer Gewerkschaften erreicht werden.

Das Haupthindernis zur Durchsetzung dieser Forderung ist das private Profitinteresse der Reeder. Denn es gibt keine

gemeinsamen Interessen und keinerlei soziale Partnerschaft von Reedern und Seeleuten.

Darum muß der Kampf für die

- **Enteignung der Reeder**

auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Unter demokratischer Kontrolle durch Seeleute, Gewerkschaften und Staatsvertreter (zu je einem Drittel) kann dann die deutsche Seeschifffahrt im Interesse der Seeleute, der anderen Arbeitnehmer an der Küste, der Verbraucher und der Umwelt betrieben werden.

Die Enteignung sollte entschädigungslos erfolgen, da der Reichtum der Reeder bereits von Generationen deutscher und ausländischer Seeleute bezahlt worden ist.

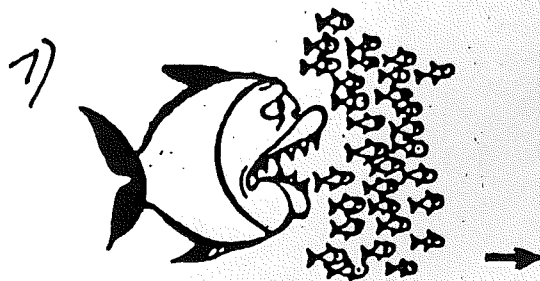
Das Ziel einer vergesellschafteten deutschen Flotte kann natürlich nicht das Unterbieten von Billiglohnländern sein. Die einzige Möglichkeit liegt in der internationalen Zusammenarbeit der Seeleute und ihrer Gewerkschaften im Kampf für die gemeinsamen Interessen.

Ein konkreter Ansatz können gemeinsame Aktionen von Seeleuten verschiedener Nationen gegen das deutsche Zweitregister sein, denn diese Lohndrückerei werden alle bezahlen.

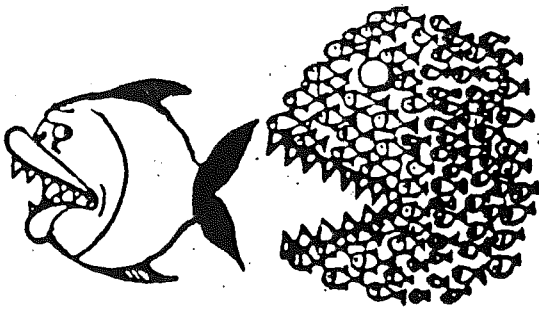
Solange die Weltwirtschaft in der Hand von kapitalistischen Großkonzernen ist, gibt es keine endgültige Lösung, denn die Krise der Seeschifffahrt ist die Krise des kapitalistischen Systems.

Deshalb muß letztlich der Kampf für die Entmachtung des Kapitals und für den Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaftsordnung weltweit geführt werden.

Aber trotzdem meinen wir, daß die Enteignung der Reeder unter demokratischer Arbeiterkontrolle direkte Vorteile bringen wird - auch wenn wir hier in der BRD den Anfang machen.



2)



Kämpfe verbinden

Der Angriff auf die Seeleute ist nur ein Aspekt in der Strategie der Kohl-Regierung, die eine ganze Reihe von Angriffen auf die Arbeitnehmerschaft beinhaltet.

- die geplante Zerschlagung der Bundespost auf Kosten der Beschäftigten und der Verbraucher
- die Gesundheitsreform auf Kosten der Armen und Kranken
- die Steuerreform für die Reichen

Kohl und Kapital haben eine klares Konzept, wie sie Arbeitnehmerrechte und Arbeitnehmergeldbeutel beschneiden wol-

len. DGB und SPD müssen im Gegenzug die Abwehr aller Angriffe und die laufenden Kämpfe auf allen Ebenen verbinden.

Die Seeleute dürfen nicht allein stehen im Kampf gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze, sondern müssen in eine breite und mächtige Kampffront gegen die Unternehmer und ihre Regierung aufgenommen werden.

Wut und Spontaneität reichen nicht aus, um einen Kampf zu gewinnen. Dies zeigt das Beispiel der Rheinhausener Stahlarbeiter. Sie haben eine großartige Kampfkraft und Ausdauer gezeigt und trotzdem verloren. Wäre jedoch die Stimmung für einen nationalen Stahlstreik von der IG Metall-Führung aufgegriffen worden hätte der Kampf gewonnen werden können.

Es kommt also darauf an, ob SPD und DGB der Offensive von Kohl und Kapital eine Offensive der Arbeiter entgegensetzen. Denn Davon hängt es letztlich ab, ob Streikbewegungen in einzelnen Bereichen gebrochen werden können oder nicht.

Bremerhaven, 1.12.1988

*"Wir Arbeiter und Arbeiterinnen müssen uns alle samt und sonders auf gleiche Stufe stellen, nichts darf uns trennen. Ob einer von der Natur klüger, schöner oder kräftiger bedacht ist als der Andere, ob einer auf dem Wasser oder am Lande arbeitet, ob einer Christ oder Heide, ob er Deutscher oder Engländer, ob er weiß oder schwarz, ob er Mann oder Weib ist, alle erstreben wir dasselbe Ziel: Die Befreiung des Proletariats aus den Banden des Kapitals, um allen Menschen ein möglichst freundvolles Dasein während ihrer Lebenszeit zu sichern ...
... und wenn wir dann vom sozialistischen Geist beseelt muthig und kampfesfreudig unsere uns vorgezeichnete Bahn stets innehalten, dann müssen und werden wir schließlich siegen.*

Also Kollegen, auf zur Organisation, auf zum Kampf!"

("Der Seemann", 1. Mai 1898)

Die Zeitung VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken getragen, die sich als Marxisten verstehen und für eine konsequente sozialistische Politik dieser Organisationen einsetzen. Wir treten für eine sozialistische Demokratie in West und Ost ein, d.h. für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokratenherrschaft im Osten.

Kontakt über:

Ulf Petersen, Gerhardstraße 4,
2850 Bremerhaven, Tel. 0471/52236

Wir kämpfen für

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.